

P R O T O K O L L

zur öffentlichen Sitzung des Beirates beim Ortsamt Blumenthal
am Montag, 12. Dezember 2011 um 19.00 Uhr
 in der Aula der Schule In den Sandwehen,
 Neuenkirchener Weg 119-121, 28779 Bremen

Anwesend:

Vom Ortsamt Herr Nowack, Vorsitzender - Frau Britt, Protokoll

Vom Beirat Herr Christahl, Herr Klingenberg, Frau Klinkmüller, Frau Kröger-Schurr, Frau Krohne, Herr Pfaff, Herr Schupp, Herr Schurr, Herr Schwarz, Herr Sociu, Frau Stitz, Frau Zimmermann

es fehlten: Frau Bensch, Herr Böcker, Herr Dettmer, Herr Humpe, Herr Thormeier

Gäste

Polizeirevier Blumenthal: Herr Voß, Revierleiter

Senatorin für Bildung: Herr Bothmann, Herr Schumacher und Herr Heinrichs

Amt für Soziale Dienste: Herr Ehmke

Tagesordnung:

1. Protokollgenehmigung vom 10.10. 2011 und 14.11.2011

2. Mitteilungen

2.1. aus dem Ortsamt

2.2. des Beiratssprechers

3. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

4. Bürger/Innen – Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

5. Abstimmung der Planungen in der Blumenthaler Kinder- und Jugendförderung in 2012; Herr Ehmke, Sozialzentrum Nord

6. Schulkapazitäten in Blumenthal
Referent der Senatorin für Bildung

7. Beschlussfassung: „Investitionsbedarf“

8. Anträge und Anfragen

NPD

➤ Herrichtung Farger See

Bündnis 90/Die Grünen

➤ Antrag auf ein „neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände

➤ Antrag „Bürgerinfo“ wegen Grundwasserbeschaffenheit in den Ortsteilen Farge und Rönnebeck

9. Verschiedenes

TOP 6 soll vor TOP 5 behandelt werden.

Reste aus Beiratmitteln werden nach den TOP 5 und 6 vergeben.

Die Tagesordnung wird um folgende Anträge ergänzt:

- CDU – Änderungsantrag zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wg. „neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände
- CDU – Änderungsantrag zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wg. Bürgerinfo wegen Grundwasserbeschaffenheit in Farge und Rönnebeck
- CDU – Antrag „Schusswaffengesetz“
dazu
- Die Linke – Änderungsantrag „Schusswaffengesetz“
- Die Linke – „präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit“

Mit diesen Ergänzungen wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 1 Protokollgenehmigung vom 10.10. 2011 und 14.11.2011

Der TOP wird vertagt.

TOP 2.1 Mitteilungen aus dem Ortsamt

- Freie Waldorfschule – Einigung über Ankauf des Schulgebäudes
- Standortsuche für das Jobcenter geht weiter
Nachdem nun feststeht, dass ein zentraler Standort gefunden werden muss favorisiert der Beirat weiterhin das Gebäude an der Kapitän-Dallmann-Straße – die Verhandlungen laufen

TOP 2.2 Mitteilungen des Beiratssprechers

Keine

TOP 3 Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Frau Stitz beantragt dass der Fußweg von der Heidstraße zur Rekumer Straße (an KiTa Farge vorbei) zur Haltestelle Wilhelm-Brandhorst-Straße beleuchtet wird. Bisher wurde dies mit der Begründung abgelehnt, weil es sich um einen Wanderweg handelt. Hier sollte eine Umwidmung erfolgen.

Des weiteren berichtet Frau Stitz, dass die Bürger Farge-Rekums einen befestigten Weg entlang der Weser bis zur Landesgrenze fordern.

Herr Schwarz erinnert an einen bereits gefassten Beschluss des Beirates, der nun wiederholt wird und an den Senator für Bau weitergeleitet werden soll.

Herr Schwarz teilt mit, dass an der Haltestelle Rekumer Straße (Höhe Haus-Nr. 113) in Richtung Neuenkirchen die Fahrbahn uneben ist. Wenn schwere Fahrzeuge dort fahren ist es sehr laut. Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) wird aufgefordert den Mangel zu beheben.

Frau Krohne teilt mit, dass die Schuleinfahrt an der Waldorfschule für Rettungsfahrzeuge zu eng ist – Grund sind die Verfüllarbeiten am Stollen. Dann berichtet sie, dass Kinder und Jugendliche vermehrt an fremden Haustüren klingeln und an Fenster klopfen und damit Anwohner erschrecken. Sie bittet die anwesenden Schulleitungen ihre Schüler darauf anzusprechen.

Sie fragt nach der Anfrage aus der letzten Sitzung wg. „Wiedereröffnung einer Frühchenstation am Klinikum Bremen-Nord“.

→ Anfrage wurde an Senatorin für Gesundheit gestellt, bisher liegt keine Antwort vor.

TOP 4 Bürger/Innen – Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Ein Bürger (1) stellt einen Antrag für eine Ampel –im Bogen sichtbar über der Schwaneweder Straße / Ecke Pürschweg. Diese Fußgängerampel wird einseitig von einer Telefonzelle verdeckt (Foto liegt dem Antrag bei) und zeitweise auf der anderen Seite durch Busse. Sie dient u.a. als Schulweg und wird oft frequentiert. Außerdem ist die Grünphase zu kurz eingestellt und für die Radfahrer soll eine Rotphase eingerichtet werden.

Der Beirat unterstützt den Antrag, der an das ASV weitergeleitet wird.

Eine Bürgerin (2) stellt einen Antrag zu „Einsparungen in der Gymnasialen Oberstufe zum Schuljahr 2012/2013 am Schulzentrum Blumenthal“ (**Anlage**).

Herr Schwarz fragt Herrn Bothmann, ob im Ressort schon darüber nachgedacht wurde den benachteiligten Stadtteil Blumenthal mit zusätzlichen Förderstunden auszustatten. Er erklärt, dass er den Antrag unterstützt.

Herr Bothmann erklärt, dass er nicht autorisiert ist zu diesem Thema zu sprechen – es handelt sich um eine politische Entscheidung.

Für Blumenthal wurden Projekt-Mittel beantragt für zusätzliche Sozialarbeiterstellen, um die Situation an Blumenthaler Schulen zu stabilisieren.

Der Beirat unterstützt den Bürgerantrag, der an die Senatorin für Bildung weitergeleitet wird.

Ein Bürger (3) berichtet, dass geplant ist, den Hort an der KiTa Ebenroder im Jahr 2013 zu schließen – dafür soll die Schule am Pürschweg eine offene Ganztagschule werden.

Er fordert dass dies unter gleichen Bedingungen geschieht. Das Angebot muss bis 16.00 Uhr gehen; die Essensqualität muss die gleiche wie in der Einrichtung Ebenroderstraße sein, eine Ferienbetreuung muss sicher gestellt sein. Die Ausstattung des Angebotes gegenüber des Hortes darf nicht zum Nachteil für die Kinder sein. Die Vergabe für Ganztagsplätze sollte nicht per Losentscheid erfolgen sondern wie in einer Kindertageseinrichtung nach Sozialindikatoren und Berufstätigkeit der Eltern.

Er ist der Meinung, dass hier der versäumte Ausbau der Kinder unter 3 Jahre zu Lasten der Schulen geht.

Herr Bothmann teilt dazu mit, dass es Gespräche mit den Ressorts Soziales und Finanzen gegeben über die Ganztagsunterbringung für die Legislaturperiode. Einen politischen Entschluss dazu gibt es noch nicht – jedoch gibt es Listen, die den Stand der Gespräche wiedergeben. Versehentlich wurde aus dem Bildungsressort eine dieser Listen herausgegeben, die noch nicht abgestimmt ist. Das Bildungsressort wird sich dafür entschuldigen. Er kann aber berichten, dass die Berechnungen dahin gehen, dass wenn ein KTH geschlossen wird, gleiche Bedingungen in der Ganztagschule angeboten werden. Die Angebote werden qualitativ gleichwertig oder besser sein. Er kann verstehen, dass diese Informationen zu Verunsicherungen in der Bevölkerung führen, bittet aber die Verhandlungen abzuwarten. Im Januar 2012 werden die genauen Standorte festgelegt und die Ortsämter und Beiräte entsprechend informiert.

Herr Schwarz bittet den Beirat frühzeitiger einzubinden um auf Anfragen aus der Bevölkerung auch reagieren zu können.

Eine Bürgerin (4) teilt mit, dass nach Umstellung auf den neuen Fahrplan der BSAG der Bus im Bereich Hinrich-Dewers-Straße statt alle 10 Minuten nun alle 15 Minuten fährt und ab 19.00 Uhr nur noch alle halbe Stunde.

TOP 6 Schulkapazitäten in Blumenthal

Dem Beirat liegt hierzu eine Deputationsvorlage Nr. G für die Sitzung der Deputation für Bildung am 16.12.2011 vor.

Herr Bothmann berichtet, dass aufgrund der Umsetzung der Inklusion zum Schuljahr 2012/2013 im Schulbereich Blumenthal drei 5. Klassen im Übergang von der Grundschule nicht von den beiden existierenden Oberschulen aufgenommen werden können und deshalb eine dritte Oberschule mit gymnasialer Oberstufe (für alle Oberschulen im Stadtteil) eingerichtet werden soll. Die Einrichtung einer weiteren Oberschule als 3. Standort mit Perspektive würde ca. 18 Mio. € kosten. Das ist im Haushalt nicht darzustellen. Also wurde geguckt –was haben wir für Gebäude?

Hierzu bietet sich das Gebäude des Schulzentrums Blumenthal an der Eggestedter Straße an.

Die Schule an der Lehmhorster Straße wird derzeit umgebaut, dadurch wird die Dependance an der Lüder-Clüver-Straße bis zum Sommer 2014 frei. In diese Räume kann die Fachschule für Sozialpädagogik einziehen, womit genügend Raum für eine 3-zügige Oberschule am Standort Eggestedter Straße möglich wird.

Es wird dafür geworben –trotz zurück gehender Schülerzahlen- einen dritten Standort zu entwickeln. Diese Lösung würde bedeuten, dass der Teil für die berufsbildende Schule (Erzieherinnenausbildung) im Gebäude Lüder-Clüver-Straße beschult wird. Zusätzlich könnte ein Ausbildungskindergarten entstehen und ein Angebot für das Mütterzentrum mit integriert werden.

Der Teil der Hauswirtschaft verbleibt aufgrund der Infrastruktur an der Eggestedter Straße.

Herr Schwarz bittet die drei betroffenen, anwesenden Schulleiter zunächst dazu Stellung zu nehmen, bevor sich der Beirat positioniert und ein Votum abgibt.

Er fragt, ob darüber nachgedacht wurde die beiden bestehenden Oberschulen zu erweitern durch z.B. Ergänzungsbauten? Er hat Sorge, dass Eltern ihre Kinder gleich an der Eggestedter Schule anmelden und damit die beiden bestehenden Oberschulen gute Schüler verlieren.

Frau Kröger-Schurr gibt zu bedenken, dass das Gebäude an der Lüder-Clüver-Straße sehr alt ist – wird dort renoviert?

Frau Hofer, Schulleitung an Schulzentrum Blumenthal, Eggestedter Straße erklärt, dass die drei Schulen eng miteinander arbeiten. Fakt ist, drei Klassenverbände müssen versorgt werden. Die drei Schulen übernehmen die Verantwortung für die betroffenen Schüler und wollen sich so aufstellen, dass diese Schüler in Blumenthal zum Abitur geführt werden. Voraussetzung ist aber auch, dass die Berufsschule in Blumenthal bleibt. Die Lüder-Clüver-Straße muss hergerichtet werden um eine geschlossene Ausbildung für die Bereiche Erzieherinnen und Sozialassistenten anzubieten.

Herr Jostes, Schulleitung der Oberschule In den Sandwehen ergänzt, dass seine Schule mal 1.100 Schüler hatte – derzeit werden dort noch 800 Schüler beschult. Ein durchgängiges System hat hohe Attraktivität. Bisher sind rund 30 Schüler pro Jahrgang zum Gymnasium Vegesack abgewandert. Durch eine enge Zusammenarbeit der Schulen kann nun erreicht werden, dass die Schüler im Stadtteil bleiben. Alle drei Standorte sind gut aufgestellt und haben unterschiedliche Profile.

Es besteht ein relativ hoher Anteil der inklusiv zu beschulenden Schüler im Stadtteil und in Zukunft ist mit mehr Kindern mit erhöhtem Förderbedarf zu rechnen. Es besteht Einigkeit darüber, dass das Angebot in vollem Umfang erhalten bleiben muss.

Herr Stolze, Schulleitung Oberschule an der Lehmhorster Straße erklärt, dass die Kapazitäten dann auf drei Standorte gleichmäßig verteilt werden können und damit eine Frequenzabsenkung im Oberschulbereich erreicht werden kann.

Herr Christahl erklärt, dass die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Schulbehörde auf den veränderten Bedarf reagiert. Sie ist bereit der Vorlage zuzustimmen, wenn gewährleistet ist, dass die Berufsschule in Blumenthal erhalten bleibt.

Herr Schwarz fordert, dass alle Bereiche der Berufsschule in Blumenthal bleiben und auch nicht in Zukunft ausgelagert wird. Außerdem möchte er wissen wie die Umsetzung finanziert wird. Müssen andere Schulen aus ihrem Bildungsetat was abgeben oder gibt es zusätzliche Mittel?

Herr Schumacher berichtet, dass es im Haushalt einen „investiven Bereich“ für kleinere Umbauten und es gibt „Sondermittel“ für Umstrukturierungen. Diese Mittel werden aus Umlagen von anderen Ressorts erbracht.

Zeitnah wird eine allgemeine Gebäudesanierung in der Lüder-Clüver-Schule vorbereitet. In der Schule Eggestedter Straße wurde bereits mit einer Brandschutzsanierung begonnen, eine allgemeine Sanierung soll folgen. Vorhandener Raumbestand wird überprüft.

Herr Schwarz fragt, ob neue Lehrerstellen geschaffen werden – woher kommen die Mittel.

Herr Bothmann erklärt, dass es nicht mehr Schüler werden; Lehrer sind vorhanden. Zunächst geht es heute um einen Grundsatzbeschluss; die Finanzierung kommt danach.

Die Referenten bieten an, sobald es Neues zu berichten gibt, erneut in den Beirat zu kommen.

Frau Kröger-Schurr schlägt dafür eine Sitzung des Fachausschusses Bildung vor. Ein Zwischenbericht soll nach den Osterferien 2012 erfolgen.

Beschluss

Der Beirat stimmt der Neugründung einer Oberschule am Standort Eggestedter Straße zum 01.08.2012 zu, sofern die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit den voll umfänglichen Erhalt des Berufsschulstandortes Blumenthal verbindlich zusagt.

Der Beirat erhält im Verlauf des 1. Halbjahres 2012 den der Deputation zugesagten weiteren Zwischenbericht zum Gründungsprozess und zur Bau- und Kostenplanung der „Oberschule Blumenthal“ (incl. einer Fachschule an der Lüder-Clüver-Straße).

Einstimmig

TOP 5 Abstimmung der Planungen in der Blumenthaler Kinder- und Jugendförderung in 2012; Herr Ehmke, Sozialzentrum Nord

Herr Ehmke erklärt anhand einer Angebotsübersicht (**Anlage**) das der Stadtteil Blumenthal im Bereich der Kinder- und Jugendangebote gut aufgestellt ist und über alle Ortsteile verteilt stattfinden.

Im Jahr 2011 gab es Mittel i.H.v. 556.691,04 € plus „Restmittel“ i.H.v. 12.708,96 €. Damit wurde zusätzliche Förderung möglich – alle Mittel wurden vergeben.

Für 2012 gibt es einen Bedarf von 573.000, 00 € aufgrund gestiegener Kosten, vor allem im Personalbereich und eines neuen Angebots (Selbstbehauptungstraining) - das Anpassungskonzept wurde jedoch stadtweit pauschal um 4 % gekürzt; das heißt es gibt für das kommende Jahr einen Anschlag von 546.000 €.

Der Controllingausschuss und die große Beteiligungsrunde müssen sich noch mal zusammensetzen und alle Angebote prüfen, da die Zuwendungsplanung nicht in vollem Umfang erfüllt werden kann. Es gilt den Spagat hinzukriegen, zu reduzieren ohne die Substanz zu gefährden.

Herr Ehmke macht deutlich, dass die „Beziehungsarbeit“ höchste Priorität hat, es darf keine Kürzung im Personalbereich erfolgen.

Neue Projekte werden derzeit zunächst zurückgestellt. Die im November abgestimmte Liste ergibt einen Fehlbetrag von 15.000 € und damit einen harten Einschnitt für den Stadtteil. Es wird eine Vergleichsprüfung der Anträge zum Vorjahr gemacht. Bewegliche Projekte wie „Wochenendöffnungen“ und „starke Mädchen“ können reduziert werden. Kleinere Projekte sollen vor größeren Projekten geschützt werden.

Er appelliert an den Beirat einen Beschluss zu fassen um das Budget von 2011 zu erhalten. Dazu braucht er die Legitimation des Beirats um zeitnah mit den Umsetzungen für 2012 beginnen zu können.

Beschluss

Der Beirat Blumenthal lehnt die geplanten Kürzungen im Kinder- und Jugendförderungsprogramm (Anpassungskonzept) ab und fordert die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, den Etat entsprechend der Vorgaben 2011 auch für 2012 zuzüglich der Inflationsrate zu belassen.

Der Beirat fordert das Sozialzentrum Nord auf, unverzüglich mit der Umsetzung der bisher möglichen Maßnahmen zu beginnen.

Einstimmig

TOP 7 Beschlussfassung: „Investitionsbedarf“

Es liegt eine Tischvorlage vor.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter gem. § 8 (4) dem Beirat das Recht erteilt, Haushaltsanträge, insbesondere zu selbst entwickelten Projekten, bei der fachlich zuständigen Senatorin oder dem fachlich zuständigen Senator zu stellen.

Der Lenkungsausschuss zur Entwicklung des Blumenthaler Zentrums hat Projekte entwickelt, diese müssen Eingang in die Haushaltsberatungen finden und mit einem Beiratsvotum abgesichert werden.

Herr Schwarz fordert die aufgeführte Position „Radwegeverbindung Weserdüne / Wätjens Park“ zu streichen.

Frau Krohne fragt nach den Positionen „Fassadenprogramm“ und „Umwandlung Leerstand von Wohnungen“.

Der Vorsitzende erklärt, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, den Eigentümern, die nicht über genügend eigene Mittel verfügen über das Programm zu unterstützen.

Frau Kröger-Schurr erklärt, dass so ein Investitionsprogramm nicht in den Beirat gehört und lehnt es ab.

Herr Schwarz beantragt Abstimmung des Papiers ohne die Radwegeverbindung.

Abstimmung mit der Änderung:

Mit 8-Ja Stimmen, 3-Nein Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Restvergabe Globalmittel 2011

Dem gemeinsamen Vorschlag der SPD und CDU wird mit 7-Ja Stimmen, 4-Nein Stimmen und 1 Enthaltung wie folgt zugestimmt:

- | | |
|---|------------|
| • Förderverein Bibliothek Blumenthal e.V. | 2.099,71 € |
| • Förderverein Kämmereimuseum e.V. | 800,00 € |
| • DNA-Kits | 720,00 € |

TOP 8 Anträge und Anfragen

NPD

- Herrichtung Farger See

Es handelt sich um den Teich „große Heidflut“ hinter der Gaststätte „Zum grünen Jäger“ in Farge, der als Regenauffangbecken genutzt wird. Damit unterliegt er nicht den Pflegemaßnahmen für Grünpflege.

Der Antragsteller ist nicht anwesend. Herr Schwarz schlägt vor den Antrag in den Fachausschuss Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt zu überweisen.

Mit 11-Ja Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

Bündnis 90/Die Grünen

dazu

- Antrag auf ein „neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände

- CDU – Änderungsantrag zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wg. „neutrales Schadstoffgutachten“ auf BWK-Gelände

Frau Kröger-Schurr erklärt, dass der Deputationsvorlage zu entnehmen ist, dass der Verkauf des BWK-Geländes bereits getätigt wurde. Danach gibt es ein Schadstoffgutachten der WfB – in der Sitzung vom 14.11.2011 wurde von Herrn Czellnik berichtet, dass es ein Gutachten der BWK gibt. Frau Kröger-Schurr verlangt Aufklärung.

Der Vorsitzende erklärt, dass Herr Czellnik berichtet hat, dass das Schadstoffgutachten erst ausgehändigt werden kann, wenn die Wirtschaftsförderung Eigentümer des Geländes ist. Er schlägt vor den Antrag zu vertagen.

Frau Kröger-Schurr zitiert aus der nichtöffentlichen Sitzung der Deputation Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 30.11.2011:

„Altlastenfreiheit – die BWK erwartet, dass das Grundstück im jetzigen Zustand ohne Haftung der Verkäuferin übernommen wird. In einer von der WfB veranlassten Altlastenuntersuchung vom 22.09.2011 kommt die Umweltberatung zu dem Ergebnis, dass der Untergrund auf dem Gelände von einer sandigen Auffüllung mit unterschiedlichen Anteilen an Bauschutt, Kohle und Schlackeresten über einen windigen Lehmhorizont geprägt ist ... Die Auffüllungshorizonte weisen jedoch eine Schadstoffgrundbelastung vor ... die bei späteren Tiefbauarbeiten der Flächenherrichtung keine uneingeschränkte externe Verwertung erlauben...“

Herr Schupp fordert, dass das Gutachten (wer immer das in Auftrag gegeben hat – ist ungeklärt) im Beirat vorgestellt wird.

Nach Diskussion werden beide Anträge zunächst bis zur nächsten öffentlichen Beiratssitzung zurückgezogen. Bis dahin soll die Senatsvorlage – Deputation Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 30.11.2011 sowie das Schadstoffgutachten der WfB vom 22.09.2011 dem Beirat zur Sachaufklärung vorgelegt werden.

Abstimmung: Mit 11-Ja Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

- Antrag „Bürgerinfo“ wegen Grundwasserbeschaffenheit in den Ortsteilen Farge und Rönnebeck

dazu

- CDU – Änderungsantrag zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wg. Bürgerinfo wegen Grundwasserbeschaffenheit in Farge und Rönnebeck

Frau Krohne beantragt eine Ergänzung des Antrages:

aus einer Deputationsvorlage geht hervor:... dass im Grundwasser Stoffe sind, die es eigentlich auf dem Gelände des Tanklagers gar nicht gegeben hat, die es aber doch gegeben hat...

Sie fordert Aufklärung woher die Grundwasserverunreinigung eigentlich herkommt. Sie vermutet dass eine beschädigte Rohrleitung (aus dem Jahr 2005) dafür verantwortlich ist und der Betreiber des Tanklagers dafür haftbar ist. Sie erklärt, dass Schadstoffe gefunden wurden, aus der Zeit seit es bleifreies Benzin gibt –damit können das keine Altlasten sein.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Verunreinigung, die sich zum Teil in über 30m Tiefe befindet stammt aus der Zeit als die Amerikaner das Tanklager betrieben haben. Die Bundeswehrverwaltung Hannover hat diesen Schaden beseitigt und kommt auch für die Kosten auf.

Frau Kröger-Schurr ist mit den Ergänzungen des CDU-Antrages einverstanden.

Herr Schupp gibt zu bedenken, dass viele Bürger Brunnen ohne behördliche Genehmigung gegraben haben. Diese sollten durch den Antrag keine Schwierigkeiten bekommen.

Es wird sich verständigt den 1. Teil des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Ergänzungsantrag der CDU (2. Absatz, die Worte „ und eingetragenen Brunnennutzung“ streichen) an den Senator für Bau weiterzuleiten.

Abstimmung: Mit 11-Ja Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

- Die Linke – „präventive Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit“

Herr Voß erklärt, dass die Polizei tägliche Lage-Analysen macht. Im Kernbereich Blumenthal gibt es seit einigen Tagen mehr Diebstähle und Überfälle auf Geschäfte. Es wurde bereits mit verstärkten Maßnahmen reagiert.

Abstimmung über die Dringlichkeit:

Mit 2-Ja Stimmen, 6-Nein Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

- CDU – Antrag „Schusswaffengesetz“
dazu
- Die Linke – Änderungsantrag „Schusswaffengesetz“

Die Anträge werden ausgesetzt und in der nächsten Sitzung wieder aufgerufen.

TOP 9 Verschiedenes

Termine:

- Nächste öffentliche Beiratssitzung am 9. Januar 2012

Die Sitzung endet um 22.10 Uhr

gez. Nowack

Der Vorsitzende

gez. Schwarz

stellvertr. Beiratssprecher

gez. Britt

Protokoll